

Resolution „Klimagerechtigkeit jetzt – Kopenhagen nutzen“

Der Klimawandel schreitet voran - rasanter als bisher von den drastischsten Szenarien vorhergesagt. Möglicherweise wird das sommerliche Packeis der Arktis schon bis 2040 völlig abgeschmolzen sein. Je weniger weiße Eisfläche die Sonne reflektiert, desto mehr dunkle Meeresoberfläche absorbiert Wärme, so dass sich das Meer weiter erwärmt. Ein dramatischer Kreislauf, der sich selbst verstärkt und zu einem Meeresspiegelanstieg von 120 Zentimeter führen könnte. In Deutschland droht als Folge des Klimawandels ein Verlust von 30 % aller Tier- und Pflanzenarten.

Doch die Politik reagiert träge. Statt mutig und entschlossen Beschlüsse zu fassen, verlieren sich die UN-Delegationen in Details und Formalia. Seit der UN-Klimakonferenz auf Bali 2007 wurden kaum Fortschritte erreicht. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht das Zustandekommen eines fairen und aus klimawissenschaftlicher Sicht ausreichenden Abkommens daher als gefährdet.

Im Dezember will die Weltgemeinschaft in Kopenhagen nach den bisherigen Plänen die zweite Verpflichtungsperiode für das Kyoto-Protokoll verabschieden. Doch anstatt die Zielvorgaben für die Industrieländer festzulegen und handfeste Summen für die Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern zuzusagen, verweisen blockierende Staaten wie die USA oder Russland auf aufstrebende Schwellenländer wie China. Solange von dort keine Zusagen zur Reduktion kämen, müsse man sich selbst auch nicht dazu verpflichten. Die Europäische Union ist zwar immer noch Vorreiter, bietet jedoch bisher nur maximal 30 Prozent Reduktion an; dies auch nur unter rigiden Bedingungen. Dieses CO₂-Reduktionsziel liegt weit hinter dem Notwendigen. Auch die in Aussicht gestellten Finanzhilfen von 15 Milliarden Euro pro Jahr erscheinen lächerlich gegenüber den nach vorsichtigen Schätzung notwendigen 110 Mrd. Euro.

Das Pokern der Industriestaaten um die globale Klimazukunft und den Erhalt der Natur ist inakzeptabel und höchst riskant. Die ins Spiel gebrachten CO₂-Reduktionsziele sind dem Klimawandel völlig unangemessen und ein Affront gegenüber den Entwicklungsländern. Diese haben den Klimawandel nicht verursacht, sind aber durch zunehmende Dürren, Überschwemmungen und Ernteeinbrüche die Hauptleidtragenden. Wenn die Industrieländer jetzt nicht ihrer Verantwortung entsprechend handeln, könnte Kopenhagen scheitern.

Vor diesem Hintergrund fordert die Bundesdelegiertenversammlung des BUND die Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft auf, die dramatische Entwicklung des Klimawandels ernst zu nehmen und zu tun, was notwendig ist. Zur am 7.12. beginnenden UN-Klimakonferenz in Kopenhagen fordert der BUND:

- Für wirksamen Klimaschutz müssen die Industriestaaten ihre CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 45 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren.
- Emissionsminderungen müssen im Inland erreicht werden und dürfen nicht durch den Einkauf von Klimazertifikaten in Entwicklungsländern erfüllt werden. Der Ausgleich von Treibhausgasemissionen durch Projekte im Ausland, wie ihn der so genannte Clean Development Mechanism (CDM) ermöglicht, führt zu keiner ausreichenden Reduktion. Ebenso muss ein Ausgleich von Emissionen der Industrieländer durch die Anrechnung von Senkenprojekten in Entwicklungsländern (REDD) ausgeschlossen werden.

- Die Industriestaaten müssen verbindliche und konkrete Finanztransfers für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zusagen. Nach vorsichtigen Schätzungen sind mindestens 110 Milliarden Euro jährlich notwendig. Davon müssen die EU ein Drittel und Deutschland ca. 7 Prozent übernehmen.
- Die Aktivitäten zur klimaverträglichen Landnutzung in den Industriestaaten (LULUCF) müssen umfassend und verbindlich festgeschrieben werden. Maßnahmen des Moor- und Feuchtgebietsschutzes sind einzubeziehen.

Die Bundesregierung muss in jedem Fall vorgehen und unabhängig von den Entwicklungen auf der internationalen Ebene eine Wende in der nationalen Energie- und Landnutzungspolitik vorantreiben. Denn je intakter die Natur, desto flexibler und dynamischer kann sie auf Änderungen reagieren. Der BUND fordert von der Bundesregierung:

- Ein Verbot für neue Kohlekraftwerke.
- Den engagierten, ökologisch verträglichen und im Hinblick auf eine positive Klimabilanz geprüften Ausbau der erneuerbaren Energien. Bis zum Jahr 2050 sollen sie komplett unsere Stromversorgung übernehmen.
- Den Ausbau des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020 auf ein Drittel.
- Den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft. Eine emissionsarme Zukunft ist nur ohne diese unbeherrschbare Technologie möglich.
- Ein Klimaschutzgesetz für Deutschland, das eine verbindliche Verringerung der Treibhausgase und eine kontinuierliche Überprüfung festschreibt.
- Die Einführung eines bundesweiten Tempolimits von 120 km/h auf Autobahnen, eine Kerosinsteuer für den Flugverkehr und die Beendigung der Steuersubventionen für klimaschädliche Dienstwagen. Eine Novellierung des Bundesverkehrswegeplanes mit absoluter Priorität für die Schiene und der Verzicht auf weiteren Straßenbau ist unverzüglich aufzunehmen.
- Der Stromverbrauch muss unter anderem mit Hilfe eines Markteinführungsprogramms für stromeffiziente Geräte deutlich gesenkt werden.
- Für die Altbausanierung und den Neubau sind schärfere Standards in der Energieeinsparverordnung und eine bessere Überwachung erforderlich.
- Die Funktionsfähigkeit der Natur und biologisch funktionierenden Verbundsysteme zu erhalten, zu fördern und wieder herzustellen.
- Den deutschen Wald als CO₂-Speicher zu nutzen: 10 % der Staatswälder aus der Holznutzung zu nehmen. Die Vorräte in stabilen Wäldern deutlich zu erhöhen. Durch Auflage eines Naturwald-Programms die Flächenstilllegung im Privatwald zu fördern.
- Die deutschen Bemühungen für einen wirksamen Schutz aller Primärwälder der Erde sowie besonders der tropischen Wälder gerade auch vor illegalem Holzeinschlag zu verstärken. Sich im Rahmen des FLEGT-Prozesses intensiv für die zügige Umsetzung eines EU-weiten Import- und Handelsverbots für illegal geschlagenes Holz einzusetzen.
- Auflegung eines nationalen Auen- und Moorschutzprogrammes.
- Der Biolandbau muss entschieden stärker gefördert, die 2. Säule der EU-Agrarförderung gestärkt werden.

Beschluss

Bundesdelegiertenversammlung 2009

001/1

Der Öffentlichkeit ist längst bewusst, dass die dramatische Klimaerwärmung nach schnell wirksamen Maßnahmen verlangt: von der Politik, den Unternehmen und den Verbrauchern.

Bad Hersfeld, 22. November 2009

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.